

Neues zum Thema nachhaltige Industriepolitik



Im Jahr 2013 startete die IndustriALL eine ehrgeizige Initiative zum Thema nachhaltige Industriepolitik, um eine Debatte unter den Mitgliedsorganisationen anzustoßen, Aktivitäten anzuregen und so eine gewerkschaftliche Perspektive zu den wichtigsten Nachhaltigkeitsfragen in der Industrie zu entwickeln.

Die Initiative zur nachhaltigen Industriepolitik folgt einem ganzheitlichen Ansatz, der drei Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt: soziale, ökonomische und ökologische. Die Regierungen werden dringend dazu aufgefordert, eine fortschrittliche, von den Gewerkschaften beeinflussbare Industriepolitik zu formulieren. Ein Diskussionspapier, das auf den Zielsetzungen des Aktionsplans der IndustriALL basiert, liefert Hintergrundinformationen über die Kernfragen.

Bis zum Kongress 2016 gehört die Sicherung nachhaltiger Arbeitsplätze in der Industrie zu den strategischen Schwerpunkten der IndustriALL. Mit unserer Initiative möchten wir die Ausgestaltung und Ausrichtung einer nachhaltigen Industriepolitik und deren Umsetzung beeinflussen, indem wir:

- unter den Mitgliedsorganisationen ein gemeinsames Verständnis dafür schaffen, welche Nachhaltigkeitsaspekte für sie am wichtigsten sind und wie man sie bewältigen kann.
- regionale Diskussionen anstoßen, um die wichtigsten Nachhaltigkeitsfragen zu identifizieren und gemeinsame Aktionen zu planen.
- effektive Strategien zur Beeinflussung der staatlichen Industriepolitik miteinander austauschen.
- die Kapazitäten der Mitgliedsorganisationen aufbauen, damit sie ihre eigenen Visionen für eine nachhaltige Entwicklung der Industrie erarbeiten und umsetzen können.
- für jeden Sektor einen strategischen Nachhaltigkeitsansatz entwickeln.
- gewerkschaftliche Netzwerke in MNK nutzen, um gemeinsame Aktionen zu vereinbaren.

Im Jahr 2013 stellten wir den Mitgliedsorganisationen die Vision der IndustriALL vor, indem zunächst auf der Tagung des Exekutivausschusses im Mai sowie später auf diversen Regionaltagungen ein Diskussionspapier vorgelegt wurde.

IndustriALL

Für eine nachhaltige Industriepolitik





Regionaltagungen

Die erste Regionaltagung fand im April in Johannesburg statt. 26 Mitgliedsorganisationen aus 16 Ländern südlich der Sahara entwickelten Strategien, um auf ihre Regierungen Druck auszuüben, damit diese eine fortschrittliche Politik zur Förderung der Industrialisierung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen verfolgen. Die Gewerkschaften wiesen darauf hin, dass die Entwicklung in Afrika durch die fortdauernde Abhängigkeit vom Bergbau gehemmt wird. Viele Regierungen in der Region, für die Industriepolitik nach wie vor kein Hauptanliegen ist, nehmen die dringend notwendige Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften für mehr Wertschöpfung nicht in Angriff.



Auf der Tagung wurden verschiedene industriepolitische Ansätze identifiziert, die eine Schlüsselrolle für die Förderung der Region spielen. Dazu gehören: die Veredelung von Bodenschätzen, eine Handelspolitik zur Förderung und Entwicklung der Industrialisierung, Investitionen in die Infrastruktur, Bildung, Schulung, Forschung und Entwicklung sowie Hilfe beim Wissenstransfer.

Die Mitgliedsorganisationen einigten sich darauf, den Schwerpunkt auf das Thema Industriepolitik zu legen. Sie wollen die Kapazitäten der Gewerkschaften dahingehend ausbauen, dass sie eine umfassende und strategische Industriepolitik unterstützen können. Sie sollen in der Lage sein, Ihre Mitglieder zu schulen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Kampagnen zu lenken, bei denen es um arbeitnehmerfreundliche Politik geht, und für bestimmte Branchen bzw. regionale Behörden eine gemeinsame politische Strategie zu erarbeiten. Sie werden versuchen, ihre Regierungen zu beeinflussen. Dabei bauen sie auf den Erfahrungen der südafrikanischen Gewerkschaften auf, die mit der Regierung zusammenarbeiten, um einen industriepolitischen Plan zu erstellen, der Schlüsselbranchen für die Schaffung von Arbeitsplätzen identifiziert und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen umsetzt.

Im September nahmen Mitgliedsorganisationen aus Indien, Nepal und Sri Lanka gemeinsam mit Vertretern verschiedener indischer Gewerkschaftsverbände an einem Workshop in Delhi teil. Dies war die erste Zusammenkunft von Gewerkschaften in Indien zum Thema Industriepolitik. Bis dahin wurde dieses Thema als alleiniger Zuständigkeitsbereich der Regierung und der Industrie angesehen. Die Vertreter mehrerer indischer Gewerkschaftsverbände nahmen an der Tagung teil, darunter auch Sanjeeva Reddy, Mitglied des IndustriALL-Exekutivausschusses, der betonte, welche Bedeutung dieses Thema für die nationalen Zentralen hat. Er berichtete, dass das Diskussionspapier der IndustriALL auf dem INTUC-Kongress verteilt und von 9.000 Delegierten diskutiert worden sei. Als nächsten Schritt wollen die nationalen Zentralen in Indien eine gemeinsame industriepolitische Forderung aufstellen.

An der Debatte beteiligten sich der indische Minister für die Kohleindustrie, die IAO und eine Reihe lokaler Experten. Die Teilnehmer kamen zu dem Ergebnis, dass es für die Gewerkschaften einen großen Spielraum gibt, um in Indien zusammenzuarbeiten und um das Thema nachhaltige Industriepolitik bei Regierung und Industrie anzusprechen. Sie werden weiterhin eng mit dem Regionalbüro der IndustriALL zusammenarbeiten, um konkrete Pläne und Strategien zu entwickeln.

Im Oktober kamen in Montevideo (Uruguay) die Mitgliedsorganisationen aus Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay zusammen. Sie diskutierten darüber, wie die Mitgliedsorganisationen der IndustriALL zusammenarbeiten können, um die Regierungen und die Industrie für eine nachhaltige Industriepolitik auf nationaler und regionaler Ebene zu gewinnen.

Zwei Vertreter des uruguayischen Ministeriums für Industrie, Energie und Bergbau nahmen an der Tagung teil. Sie betonten die Bedeutung gewerkschaftlicher Beteiligung in den Branchenausschüssen, die über industriespezifische Pläne diskutieren. Zudem wiesen sie darauf hin, dass nicht nur die Industrieministerien, sondern auch die Arbeits- und Umweltministerien in die Debatte einbezogen werden müssten.



Die Gewerkschaften diskutierten über die Notwendigkeit einer stärkeren regionalen Integration der nationalen Politik, insbesondere im Bezug auf Steuern, soziale Fragen und Umweltplanung. Betont wurde auch, dass eine produktive Komplementarität angestrebt werden müsse, um eine höhere lokale Wertschöpfung zu erreichen und Arbeitsplätze zu schaffen. Es bestand Einvernehmen darin, dass die Rolle der IndustriALL in der Region gestärkt werden müsse, um den gewerkschaftlichen Einfluss auf Regierungen und Konzerne zu verstärken. Die IndustriALL sollte ein wahrnehmbarer Bestandteil der Delegationen sein, die den Regierungen diese Arbeit erklären. Entscheidend sei der politische Wille der Regierungen. Daher einigten sich die Mitgliedsorganisationen darauf, im Bezug auf Mercosur und Unasur zusammenzuarbeiten, um diesen politischen Willen zu beeinflussen.



Ich hoffe, dass die Mitgliedsorganisationen das Diskussionspapier nutzen, um mit ihren Mitgliedern über eine gewerkschaftliche Strategie für eine nachhaltige Industriepolitik zu debattieren. Wir können die Entscheidungen über die Zukunft unserer Branchen, unserer Arbeitsplätze, ja unseres Planeten nicht den multinationalen Konzernen und Marktkräften überlassen. Durch die IndustriALL können wir der Stimme der IndustriearbeitnehmerInnen Gehör verschaffen.

Jyrki Raina, Generalsekretär

Auf der Tagung wurde beschlossen, einen strategischen Plan der IndustriALL für die Region zu entwickeln, der konkrete Maßnahmen für die Lobbyarbeit enthält. Die wichtigsten Branchen sind Bergbau, Energie, Zellstoff und Papier, Metall, Stahl, Textil, Chemie und Elektronik. Als ersten Schritt werden die chilenischen Gewerkschaften im Dezember ein offenes Bergbau- und Metallforum veranstalten, zu dem die Regierung und die Unternehmen eingeladen werden. Es ist geplant, in jedem Land eine ähnliche Veranstaltung durchzuführen.

In Kiew (Ukraine) fand im September eine kürzere Diskussion der Delegierten einer subregionalen Tagung für die GUS statt. Auch auf der ersten Regionaltagung der IndustriALL in Nordamerika stand das Thema auf der Tagesordnung.

Im November wurde in Kampala zusammen mit den Mitgliedsorganisationen aus Uganda, Tansania und Kenia ein Workshop zur Bedarfsanalyse durchgeführt. Das Ziel des Workshops bestand darin, mögliche Kooperationsbereiche zu identifizieren, um auf nationaler und regionaler Ebene ein koordiniertes Arbeitsprogramm für die Entwicklung und

Umsetzung einer nachhaltigen Industriepolitik zu erstellen.

Ein Vertreter des ugandischen Arbeitsministeriums beschrieb die Industriepolitik Ugandas, die die strategische Richtung für die nächsten zehn Jahre festlegt. Keine der ugandischen Mitgliedsorganisationen kannte diese Politik, und es wurde beschlossen, die Regierung zu einem Dialog aufzufordern.

Ein Vertreter des Ostafrikanischen Gewerkschaftsverbandes (EATUC) bestätigte, dass alle Staaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) sowie die EAC selbst eine Industriepolitik verfolgen, um Investitionen und Exporte anzukurbeln und die industrielle Entwicklung in einer umfassenderen nationalen Entwicklungsvision zu verankern. Bislang sind die Gewerkschaften allerdings noch nicht einbezogen worden. Die Politik der EAC konzentriert sich auf einen Strukturwandel in der Fertigungsindustrie, ist allerdings unternehmenszentriert und klammert Umweltfragen vollständig aus. Es ist zu kritisieren, dass die EAC nicht über die Kapazitäten verfügt, um ihre eigene Politik auch umzusetzen.

Die Mitgliedsorganisationen beschlossen, ihr Einvernehmen zu diesem Thema auf regionaler und nationaler Ebene zu stärken. Sie wollen dem Beispiel der ugandischen Gewerkschaften folgen, die eine gemeinsame Absichtserklärung für eine Kooperation unterzeichnet haben. Jedes Land wird eine Person benennen, die für die regionale industriepolitische Kooperationsarbeit zuständig sein wird. Zu den unmittelbaren Schritten gehört, dass die Gewerkschaften sich bei ihren Regierungen für eine effektive Repräsentation einsetzen und sich auf die Mitgliedergewinnung konzentrieren, um sich für diese Aufgabe zu stärken.

In Europa arbeitet die IndustriALL mit der IndustriALL European Trade Union zusammen. Diese hat schon lange einen industriepolitischen Ausschuss, der verschiedene industriepolitische Positionspapiere verfasst hat und sich bei der Europäischen Kommission für industriepolitische Fragen einsetzt.





Weitere Schritte

Die Regionalbüros der IndustriALL werden weiterhin mit den Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten, um Regionalpläne zur Ausdehnung des gewerkschaftlichen Einflusses auf eine nachhaltige Industriepolitik fortzuentwickeln und umzusetzen. Hierbei muss auch der Bedarf an Kapazitäten identifiziert und ggf. gedeckt werden. Die Regionalpläne sollten auf jeder der 2014 stattfindenden Regionaltagungen bekräftigt werden.

Im Jahr 2014 soll der Fokus stärker auf die Entwicklung branchenspezifischer Ansätze gelegt werden. Hierfür sind die Industrieabteilungen zuständig, entweder durch Diskussionen auf Branchentagungen oder durch elektronische Diskussionen in den Netzwerken. Ziel ist die Identifizierung von mindestens 2-3 Schwerpunkten für jede Branche, die alle in der jeweiligen Branche vertretenen Mitgliedsorganisationen aufgreifen können. Besondere Beachtung soll den Vorschlägen für die Automobilindustrie und den Bergbau geschenkt werden. Im Rahmen eines IndustriALL-Projekts, das sich mit Nachhaltigkeit im Bergbau des globalen Südens beschäftigt, wurden schon umfassende Arbeiten durchgeführt. Dabei geht es insbesondere um Entwicklung durch Industrialisierung und Schaffung von Arbeitsplätzen, anstatt die Rohstoffe lediglich zu exportieren.

Ein großes Ereignis wird die Energiekonferenz der IndustriALL sein, die im April 2014 in Madrid stattfindet. Die Mitgliedsorganisationen werden über Nachhaltigkeitsansätze im Energiesektor diskutieren. Diese Diskussion wird auch dazu beitragen, über die Perspektive der IndustriALL zum Thema Energiepolitik zu informieren.



Es ist zu hoffen, dass auch die Unternehmensnetzwerke der IndustriALL ihre eigenen Vorschläge entwickeln, diese an die Unternehmen herantragen und so unsere industriepolitischen Nachhaltigkeitsziele voranbringen.



Alle Mitgliedsorganisationen werden dazu aufgerufen, sich an der Gestaltung einer nachhaltigen Industriepolitik zu beteiligen, über deren Fortschritte auf dem nächsten IndustriALL-Kongress 2016 eingehend diskutiert werden soll.

Kontaktpersonen:

Jenny Holdcroft
Strategiedirektorin
jholdcroft@industrialunion.org

Brian Kohler
Direktor für Nachhaltigkeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz
bkohler@industrialunion.org

www.industrialunion.org

